

Fünf Jahre nach der Orangen Revolution in der Ukraine: Zurück in die Zukunft?

Rahr, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rahr, A. (2009). *Fünf Jahre nach der Orangen Revolution in der Ukraine: Zurück in die Zukunft?* (DGAPaktuell, 7). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-128751>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Fünf Jahre nach der Orangen Revolution in der Ukraine: Zurück in die Zukunft?

Im Januar 2010 finden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen statt. Das Interesse der europäischen Öffentlichkeit wird dann wieder auf dieses Land gerichtet sein. Der Internationale Währungsfonds hat der Ukraine in der Finanzkrise mit Milliardenkrediten beigegeben und den drohenden Staatsbankrott abgewendet. Der IWF beglich faktisch auch die ukrainischen Schulden für Gaslieferungen aus Russland. Dadurch ist zwar der Konflikt mit Russland entschärft worden, aber die Ukraine ist in große finanzielle Abhängigkeit vom Westen geraten. Werden Russland und die EU weiter um die Ukraine konkurrieren?

Die Ukraine atmet auf. Nutznießer dieser positiven Entwicklung ist zweifellos die ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko. Sie schaffte es, mit Unterstützung des IWF, die sozialen Subventionen für die Bevölkerung aufrecht zu erhalten und die noch mangelhaft reformierte Wirtschaft des Landes langsam aus der Rezession zu führen. Ihr werden große Chancen auf den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen prognostiziert, vorausgesetzt, es kommt nicht zum erneuten Gaskrieg mit Russland.

Prognose

Timoschenko erschien, neben zwei weiteren Bewerbern um das höchste Staatsamt, im September auf der Jahreskonferenz der ukrainischen Stiftung Yalta European Strategy (YES) auf der Krim, um vor allem den zahlreichen westlichen Experten ihr erfolgreiches Krisenmanagement vor Augen zu führen. Bezeichnenderweise konkurrierte der IWF gegen russische und chinesische Staatsfonds um die finanzielle Unterstützung der Ukraine in der Finanzkrise. Über die Milliardenkredite wollte

jeder der drei Seiten politischen Einfluss auf die Ukraine gewinnen. Die Ukraine verzichtete auf Kredite aus Russland, um politische Abhängigkeiten zu entgehen, hofft aber auf zusätzliche Mittel aus China. Moskau verpasste somit die Chance, die schwierige Wirtschaftslage im Nachbarstaat für seine Interessen zu nutzen und seinem erklärten Ziel, das ukrainische Pipelinennetz aufzukaufen, näher zu kommen.

Doch Timoschenko gelang es – was für die Stabilität der Ukraine lebenswichtig war –, den Gaskonflikt mit Russland zu entschärfen. Während Präsident Viktor Juschtschenko sich ein ums andere Mal mit Russland anlegte und sogar den georgischen Staatsschef Michail Saakaschwili in seinem Streit mit Moskau unterstützte, nutzte Timoschenko ihre erfolgreichen Verhandlungen mit dem russischen Premier Wladimir Putin, um der eigenen Öffentlichkeit zu suggerieren, dass sie im Stande war, die beiden slawischen Nationen wieder auszusöhnen. Sowohl bei der prorussischen Bevölkerung in der Ostukraine als auch bei der russischen Führung kam Timoschenkos Politik gut an. Timoschenko vermochte, sich grundsätzlich mit Putin auf neue Lieferungs- und

Transitverträge für den russischen Gasexport in die Ukraine und nach Europa zu einigen, so dass im nächsten Winter keine neuen Komplikationen zu erwarten sind. Die Ukraine konnte vorsorglich ihre Speicher mit russischem Gas auffüllen, das teilweise aus westlichen Krediten bezahlt wurde. Die EU braucht im kommenden Winter vor etwaigen Versorgungsunterbrechungen »politischer Art« zwischen Russland und der Ukraine keine Angst zu haben.

Der gegenwärtige Amtsinhaber Juschtschenko, der eigentliche Held der orangefarbenen Revolution von 2004, ist in der Wählergunst abgeschlagen. Nur 3 Prozent der Ukrainer würden ihn wählen. Die Bevölkerung hat sich enttäuscht von ihm abgewandt. Auch Juschtschenkos radikale prowestliche Außenpolitik scheint gescheitert. Der Präsident hatte versucht, als er noch die Unterstützung der alten amerikanischen Administration spürte, die Ukraine neben Georgien und den baltischen Ländern zu einer »Front für die Verteidigung der Freiheit« gegenüber einem vermeintlich neoimperialistischen Russland aufzubauen – in der Hoffnung auf schnelle Aufnahme in die NATO und EU. Nach der Absage Barack Obamas an die Stationierung der Raketenabwehr in Mittelosteuropa und der Veröffentlichung des EU-Berichts zur georgischen Schuldfrage im Kaukasus-Krieg 2008 muss Juschtschenko seine Konfrontationsrhetorik gegenüber Moskau zurückfahren, um nicht ganz in politische Isolation zu geraten. Die NATO-Mitgliedschaft ist durch die gegenwärtige Tauwetterperiode in den Beziehungen der USA zu Russland sowohl für die Ukraine als auch für Georgien in weite Ferne gerückt.

Dementsprechend äußerten sich auf der YES-Konferenz die ukrainischen Präsidentschaftskandidaten Timoschenko, Viktor Janukowitsch und Arsenij Jazenjuk zu einem möglichen NATO-Beitritt ihres Landes. Timoschenko verwies auf große Zurückhaltung in der ukrainischen Bevölkerung gegenüber einem NATO-Beitritt und erklärte, sie wolle eher mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) kooperieren. Die Ukraine solle nicht vor die Wahl gestellt werden, entweder proeuropäisch oder prorussisch zu werden. Ihr Land, so Timoschenko, möchte

sich nicht zwischen »Vater und Mutter« entscheiden. Janukowitsch sah sein Land als Regionalmacht zwischen Europa und Asien. Seiner Ansicht nach ist der »Euro-Romantizismus« in der Ukraine verfliegen. Als Präsident würde er sich um einen blockfreien Status der Ukraine bemühen. Jazenjuk kritisierte Brüssel für die Schaffung einer neuen Trennlinie zwischen der EU und Osteuropa. Mit Blick auf eine Aussöhnung mit Russland appellierte er auf der Konferenz an die alte Idee von »Großeuropa«.

Vier Monate bleiben den Kontrahenten noch bis zu den Präsidentschaftswahlen. Laut Umfragen, liegt Ex-Premier Janukowitsch vor Timoschenko. Beide Politiker werden aller Voraussicht nach die Entscheidung in einer zweiten Wahlrunde untereinander ausfechten. Beobachter glauben, dass derjenige Spitzenkandidat, der die Wähler des vermutlich drittplatzierten Jazenjuks in der zweiten Runde an sich bindet, Präsident wird. Anders als vor fünf Jahren, als während der orangefarbenen Revolution der Westen Juschtschenko und Russland Janukowitsch beistanden, ist der auswärtige Einfluss auf die jetzige ukrainische Wahl kaum zu spüren. Weder Russland noch der Westen haben einen klaren Favoriten. Dennoch kann eine Fortsetzung des Wettbewerbs zwischen dem Westen und Russland um Einfluss in der Ukraine ihre Auswirkungen haben.

Konfliktpotenziale Kiew-Moskau

Die ukrainisch-russischen Beziehungen gestalten sich seit der orangefarbenen Revolution schwierig und zeichnen sich durch konfrontative Rhetorik aus. Russland verübelt Juschtschenko dessen NATO-Ambitionen und Versuche, die Geschichte der Ukraine so umzuschreiben, dass sie als ständiges Opfer russischer Kolonialpolitik dargestellt wird. Die offiziellen russischen Medien berichten tendenziös und gehässig über die Ukraine. Das hat momentan zur Folge, dass nach Meinungsumfragen in Russland 50 Prozent der Bevölkerung ein negatives Bild von der Ukraine haben. In der Ukraine denkt nur ein Anteil von sechs Prozent der Bevölkerung ähnlich schlecht über Russland. Die

Ukrainer hegen insgesamt ein weitaus positiveres Bild über Russland als umgekehrt und scheinen Russland den Gaskrieg vom Winter 2009 verziehen zu haben.

In den Beziehungen zwischen Kiew und Moskau gibt es mehrere Knackpunkte. Der eine ist die Stationierung der russischen Schwarzmeer-Flotte in der Hafenstadt Sewastopol auf der Krim. Der Pachtvertrag läuft 2017 aus. Juschtschenko möchte ihn auf keinen Fall verlängern, da die Präsenz der russischen Flotte den ukrainischen NATO-Beitritt verhindert. Russland weiß nicht, wo es seine Flotte stationieren soll, wenn der Pachtvertrag einmal ausgelaufen sein wird, und deutet den Wunsch nach Verlängerung der Existenz seiner Marinebasis in Sewastopol an. Über die Verlängerung der Verweilzeit der russischen Flotte auf ukrainischem Staatsgebiet werden die Regierungen beider Länder in sieben Jahren zu entscheiden haben. Moskau hofft natürlich darauf, dass bis zu diesem Zeitpunkt eine andere, Russland-freundlichere ukrainische Regierung an der Macht ist, die man über kommerziell günstige Angebote umstimmen könnte. Falls sich die ukrainische Bevölkerung in einem für die nahe Zukunft angekündigten Volksentscheid gegen einen Beitritt zur NATO aussprechen würde, wäre das Problem der Schwarzmeer-Flottenstationierung womöglich entschärft.

Ein grundlegendes Problem in den Beziehungen beider Länder besteht darin, dass sie heute unterschiedliche geopolitische Orientierungen besitzen. Russland möchte die Chance einer Reintegration mit der Ukraine im Rahmen der Gründung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums oder einer Zollunion (zu der auch Belarus und Kasachstan gehören würden), wahren. Die Ukraine hingegen will integraler Teil des Westens werden. Solange Kiew und Moskau nicht unterschiedlichen Sicherheitsbündnissen angehören, spielt die unterschiedliche geopolitische Ausrichtung keine größere Rolle. Für die Ukraine wäre es eine Katastrophe, wenn das Land zu einem »NATO-Frontstaat« gegenüber einem antiwestlichen Russland würde. Die europäische Geschichte kennt die Probleme des Zerfalls von Imperien zur Genüge. Man kennt den Komplex des »Großen Bruders« sowie den des »Kleinen Bruders«. Beim Ersteren kommt der imperialistische Geist durch,

letzterer mag die »Opferrolle«. Doch in den bekannten Fällen Großbritannien-Irland, Frankreich-Belgien, Schweden-Finnland, Türkei-Griechenland befinden sich die Staaten nicht in verschiedenen Sicherheitsbündnissen. Der latente ukrainisch-russische Konflikt über diese grundlegende Sicherheitsfrage könnte im Rahmen des vom russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew vorgeschlagenen Sicherheitsdialogs über eine gemeinsame euroatlantische Architektur abgemildert und vielleicht sogar gelöst werden. Möglicherweise könnte die OSZE als gemeinsame Sicherheitsorganisation aufgewertet werden.

Russland bleibt einer der bedeutendsten Investoren in die Ukraine, auch wenn die Finanzkrise die Handelsbeziehungen beider Länder dramatisch reduziert hat. Russland besitzt 223 Betriebe auf ukrainischem Territorium, 150 davon auf der Krim. Die ukrainische Wirtschaft ist im Außenhandel stärker vom russischen Markt abhängig als umgekehrt. Mögliche Handelsrestriktionen, etwa bei einem Ausstieg der Ukraine aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), würde die ukrainische Wirtschaft empfindlich treffen, solange Kiew seine Wirtschaftsbeziehungen nicht in Richtung Westen diversifiziert.

Reformzwang

Eine Bewertung des Auswegs der Ukraine aus der Finanzkrise ist verfrüht. Niemand weiß, ob die Ukraine in den nächsten Monaten ohne westliche Hilfen überleben kann. Timoschenko hat westlichen Investoren die ehrliche Teilnahme an einer transparenten Privatisierung versprochen. Dabei wird es auch um das ukrainische Gastransitleitungsnetz gehen, welches die Ukraine bisher als wichtigstes Symbol ihrer Unabhängigkeit von Russland betrachtet hatte. In ersten Verhandlungen mit der EU haben sich Kiew und Brüssel, ohne Russland, auf ein bilaterales Konsortium zur technischen Modernisierung der Pipelines verständigt. Gleichzeitig favorisiert die EU jedoch mit aller Vehemenz den Bau der so genannten Nabucco-Pipeline, die Mitte des nächsten Jahrzehnts Erdgas aus Zentralasien und dem Irak über die Türkei (und eben nicht über die

Ukraine) in Umgehung des russischen Pipelinemonopols nach Westen transportieren soll.

Nach den Präsidentschaftswahlen sollte sich die EU stärker in der Ukraine engagieren, ohne die Gegensätze zwischen Russland und Kiew zu verstärken. Russland muss in die EU-Strategie der östlichen Partnerschaft aktiver eingebunden werden. Die tschechische und schwedische EU-Ratspräsidentschaft hatten dagegen aber Einwände. Die nächste spanische Präsidentschaft wird sich gegenüber Russland weiter öffnen. Sicherlich finden sich interessante Kooperationsprojekte, nicht nur im Energiebereich, die alle Seiten einschließen könnten.

Einer UN-Studie zur Folge könnte die ukrainische Gesamtbevölkerung im Jahre 2050 von gegenwärtig 48 auf 36 Millionen Menschen schrumpfen. Die Lebenserwartung ist in der Ukraine in den Jahren der Unabhängigkeit um 10 Jahre gesunken. Jede Regierung in Kiew wird sich mit den Problemen demografischer Wandel, Rechtssicherheit, sozialen Reformen und vor allem Energieeinsparung befassen müssen. Die Lehren aus der Finanzkrise können nur lauten: Modernisierung der Wirtschaft so schnell wie möglich und um jeden Preis.

Radikale innere Reformen hätte die Ukraine eigentlich längst im Windschatten ihrer orangefarbenen Revolution nach 2004 durchführen müssen, als sie im Westen auf einer Sympathiewelle schwamm und mit großzügigen Hilfen sowie Investitionen rechnen konnte. Es bleibt unerklärlich, wieso Juschtschenko ein halbes Jahrzehnt so unnütz verstreichen ließ.



Alexander Rahr
<rahr@dgap.org>

6th Yalta European Strategy Conference: Ukraine and the World after the Crisis

Yalta, 24.–27. September 2009

Veranstalter: »Yalta European Strategy« (YES)